

Stuttgarter Finanzen in erheblicher Schieflage

Gewerbesteuer bricht ein – Schuldengipfel im Rathaus

Konstantin Schwarz 09.03.2025 - 12:46 Uhr

Schlaraffenland ist abgebrannt: Stuttgart warnt vor „drastischen Sparmaßnahmen und Leistungskürzungen“, die geplante Verschuldung ist rechtlich nicht zulässig. Bald setzt sich die Rathauspitze mit Vertretern des Gemeinderats zusammen, um das weitere Vorgehen festzuklopfen.

Die Landeshauptstadt steht vor erheblichen Einsparzwängen. Der Gemeinderat muss in diesem Jahr die überlange Liste neuer Projekte zusammenstreichen, die sich in der Mittelfristplanung bis 2028 auf 3,1 Milliarden Euro neue Schulden summieren. Er muss auch Abschied nehmen von weiteren, noch nicht budgetierten Wünschen.

OB Frank Nopper (CDU) hat alle Fraktionsvorsitzenden und die haushaltspolitischen Sprecher einbestellt. Man trifft sich am Donnerstag, 20. März, um 12 Uhr zum Schuldengipfel im Rathaus – High Noon für den Haushalt. Stuttgart wird Ende 2025 erstmals seit mehr als 20 Jahren vermutlich mit einem negativen Haushaltsergebnis abschließen. An diesem Mittwoch bringt Finanzbürgermeister Thomas Fuhrmann (CDU) den Nachtragsetat 2025 ein. Das bereits geplante Haushaltsloch in Höhe von 511 Millionen Euro weitet sich enorm aus, denn die Gewerbesteuer bricht ein. Das Steueramt veranschlagt 200 Millionen Euro weniger. Statt 1,2 Milliarden Euro soll 2025 eine Milliarde Euro eingenommen werden. Auch bei sonstigen Steuern und Erstattungen von Bund und Land steht ein Minus von 208 Millionen Euro. Die Mehraufwendungen liegen bei 13,8 Millionen Euro. Damit steigt das Defizit vermutlich auf 889,4 Millionen Euro. Der Kreditbedarf wird mit 650 Millionen Euro angegeben. 30 Millionen Euro Zusatzeinsparungen durch eine globale Minderausgabe können angesichts dieser Zahlen als Kosmetik gelten.

Haushaltsloch wird deutlich größer

Der Ausblick ist noch trüber. Insgesamt müssten bis Ende 2028 nun rund vier Milliarden Euro neue Kredite aufgenommen werden. Dazu wird es aber nicht kommen. „Darlehensaufnahmen in diesem Umfang verstoßen gegen die Kreditaufnahmevorschriften der Gemeindeordnung Baden-Württemberg“, so Finanzbürgermeister Fuhrmann. Städte können, anders als der Bund, kein „Sondervermögen“, also unendlich große neue Schuldentöpfe, bilden. Im Zweifelsfall würde das Regierungspräsidium Stuttgart (RP) als Rechtsaufsicht die Notbremse ziehen. Bereits 2024 machte die Behörde klar, dass sie von der Stadt ein hartes Gegensteuern verlangt. Die Kommune solle auch ihre Einnahmeseite betrachten, also wenn nötig Steuern erhöhen. Eine Debatte darüber ist bisher unterblieben.

Wo soll „deinvestiert“ werden?

Die Finanzverwaltung warnt vor „unvermeidlichen drastischen Sparmaßnahmen und Leistungskürzungen“, falls es nicht zu Mehreinnahmen kommt oder die Ausgaben durch „Desinvestitionen“ gekappt werden können. Vor diesem Hintergrund erwarten die Fraktionen, dass Nopper und Fuhrmann am 20. März eine Prioritätenliste vorlegen. Sie soll alle Pflicht-, Soll- und freiwilligen Aufgaben samt Zeitschiene aufzeigen. Fuhrmann hatte im Juni und im November 2024 Horrorlisten mit Großinvestitionen in den Rat gebracht. Darin summierten sich für weitere Wünsche über die mittelfristige Planung hinaus weiter 3,5 Milliarden Schulden der Stadt.

Das gigantische Städtebauprojekt Rosenstein war bei diesen Zahlen ausgeklammert worden. Für Wohngebiete auf den alten, durch Stuttgart 21 frei werdenden Bahnflächen in der City sollen eine Milliarde Euro in die Infrastruktur und 650 Millionen Euro für Schulen investiert werden. Für das sicher mehr als zehn Jahre dauernde Projekt Rosenstein versprach die Verwaltung im November eine „separate Darstellung“.

Lange Liste von Großinvestitionen

Die bisherige Liste der Großinvestitionen wird von Stadträten teils als „völlig unbrauchbar“ kritisiert. In der Novemberliste tauchten plötzlich neue Bauvorhaben auf. Die Finanzierungslücke wuchs um weitere 300 Millionen Euro. Unter den Top Ten aus Verwaltungssicht fand sich auch eine neue Schleyerhalle für sparsam gerechnete 300 Millionen Euro. Dabei sind die Pläne für den Ersatz der alten Arena im Gemeinderat noch nicht einmal vorgestellt worden.

Kein Tafelsilber mehr im Schrank

Die Beratungen für den Doppeletat 2026/2027 könnten sich, wenn früher beschlossene Vorhaben zurückgenommen werden müssten, zu einem „Albtraum“ entwickeln, befürchtet ein Teilnehmer der OB-Runde. Angesichts der enormen Finanzierungslücken wird es dazu kommen müssen.

Über Tafelsilber in Form rentierlicher Unternehmensbeteiligungen verfügt die Stadt kaum mehr. Von dem hatte man sich schon vor 20

über Parolen der in ihm rekrutierten Unternehmensleitungen. Verlegt die Stadt kaum mehr, von dem hatte man sich schon vor 20 Jahren in Form der Schlossgartenbau AG und der EnBW-Beteiligung getrennt. Mit den Erlösen wurden diverse Haushalte gepolstert, es wurden neue Stadtwerke gegründet, die Bahnflächen erworben, und zuletzt musste die Landesbank mit rund einer Milliarde Euro gerettet werden.

[Stuttgart](#) [Haushalt](#) [Regierungspräsidium Stuttgart](#) [Gewerbesteuer](#)

Anzeige

Bürgerversammlung in Weilimdorf Wenn Lea kommt: Stadt will größte Flüchtlingsunterkunft schließen

[Konstantin Schwarz](#) 23.07.2025 - 06:00 Uhr – Quelle: StN.de



Im Gewerbegebiet Mittlerer Pfad in Weilimdorf stehen zunehmend Bürogebäude leer. Das Land prüft hier eine Flüchtlingsaufnahme. Foto: Konstantin Schwarz

Wo drückt der Schuh? Bei der ersten Bürgerversammlung nach 15 Jahren sind der Büroleerstand im Gewerbegebiet und dessen Folgen die bestimmenden Themen.

Rund 32.000 Menschen leben im Stadtbezirk Weilimdorf. 480 davon füllten die Lindenbachhalle zur Einwohnerversammlung bis auf den letzten Platz. In der Regel reicht das Spektrum der Fragerunde für die Verwaltungsriege auf dem Podium von globalen Themen bis zu den kleinsten Wehwehchen im Bezirk. In Weilimdorf fokussierte sich das Publikum am Montagabend vor allem auf zwei Problempunkte.

Leerstand wächst

Seitdem das Justiz- und Migrationsministerium unter Leitung von Marion Gentges (CDU) [Stuttgart als Standort einer Landeserstaufnahmeeinrichtung \(Lea\) für Flüchtlinge](#) in den Blick nimmt, „geht die Angst um“, so eine Bürgerin in der Fragerunde. Geprüft werden vom Land bereits länger oder absehbar leer stehende Bürohäuser im Gewerbegebiet Mittlerer Pfad. Für einen Komplex (Hausnummern 13-15) in der Nähe des Nahverkehrshalts wurde eine Bauvoranfrage gestellt. Käme die [Lea](#), dann, so die Bürgerin, „ist die S-Bahn wohl nicht mehr nutzbar“. Es gebe „vermehrt Wohnungseinbrüche im Umfeld von Leas“, wurde bei einer weiteren Wortmeldung behauptet, und gefragt, ob man künftig Spielplätze beleuchten könne. „Ich sehe meine Sicherheit durch die Lea gefährdet“, sagte eine Frau; ein Weilimdorfer prophezeite weitere Kündigungen von Mietern im Gebiet „wenn die Lea kommt“. Dann drohten „erhebliche Steuerausfälle“. Eine Einwohnerin warf der Verwaltung eine Mitschuld an der Entwicklung vor. [Wären Gewerbegebiete nicht sakrosankt](#) und der Umbau von Büros in Wohnraum erlaubt, „wäre eine Lea vielleicht kein Thema“.

Land erinnert an Verpflichtung

OB Frank Nopper (CDU), der mit allen sieben Fachbürgermeistern beim Pflichttermin Rede und Antwort stand, hatte das Thema in seiner Tour d'Horizon in der Begrüßung gesetzt. [Er halte Stuttgart als nicht geeignet für eine Lea, sagte Nopper](#) unter Beifall, der Gemeinderat habe aber mit 31 zu 29 Stimmen gegen ihn gestimmt. Die Entscheidungshoheit liege jedoch ausschließlich beim Land. Das hatte Katja Grimm vom [Justizministerium](#) (Referat Erstaufnahme) und Markus Rothfuß vom Regierungspräsidium Karlsruhe (Steuerung Erstaufnahme) nach Weilimdorf entsandt.

Weder zu Wohnungseinbrüchen noch zu vermehrten Störungen im Nahverkehr durch eine nahe Flüchtlingsunterkunft lägen konkrete Daten oder „viel Erfahrungen“ vor, so Rothfuß. Natürlich gebe es Möglichkeiten, „die subjektive Sicherheit zu erhöhen“, zum Beispiel durch bessere Beleuchtung von Wegen. Sicherheitsmaßnahmen wolle man wie an anderen Standorten gemeinsam mit der Stadt abstimmen. Das Land sei dazu verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen, erinnerte Rothfuß an die Gesetzeslage, man brauche 6000 weitere Plätze. In Weilimdorf würden es „nicht mehr als 2000, von denen wir maximal 80 Prozent belegen“, so der Fachmann – das wären 1600. Man wolle nicht nur „möglichst geringe Zahlen“, so Nopper, sondern auch eine Befristung. Darauf gingen Rothfuß und Grimm nicht ein – das Justizministerium hatte bereits erklärt, dass eine Befristung nicht beabsichtigt sei.

Entlastung nach Belastung versprochen

Kommt die Lea, kann deren Flüchtlingszahl im Verlauf mehrerer Jahre [auf die sonstige Unterbringung in Stuttgart angerechnet werden](#). Dann werde man die größte Unterkunft der Stadt in Weilimdorf mit 700 Plätzen (Holderäckerstraße) auflösen, so Nopper. Der Betrieb der 2015 eröffneten Unterkunft Steinröhre (243 Plätze) im Stadtteil Hausen sei nochmals bis 31. Juli 2027 verlängert worden, so Sozialbürgermeisterin Alexandra Sußmann (Grüne). Den stärksten Beifall zum Flüchtlingsthema erhielt nach mehr als zweistündiger Debatte eine Bürgerin, die nicht vor der Lea warnte, sondern appellierte, „nicht in jedem Geflüchteten einen potenziellen Kriminellen zu sehen“.

Sportzentrum dauert

Zweites Großthema für die Weilimdorfer ist die Entwicklung des Areals der ehemaligen Gärtnerei Walz. Die Machbarkeitsstudie für ein Sportzentrum samt Lehrschwimmbecken, Bürgerhaus mit Räumen für die Volkshochschule und Musikschule soll zum Jahresende vorliegen, darauf könnte ein neuer Bebauungsplan folgen. Nopper dämpfte die Erwartungen auf eine schnelle Umsetzung der Wünsche. Noch seien nicht alle Grundstücke im Besitz der Stadt, ein B-Plan brauche bisher fünf Jahre, und die Finanzlage sei „schwieriger geworden, was viele Projekte verzögern dürfte“.

Wirtschaftsvereinigung Stuttgart über Flüchtlinge Widerstand gegen Lea in Weilimdorf wächst

[Konstantin Schwarz](#) 17.02.2025 - 08:49 Uhr, aktualisiert am 17.02.2025 - 11:35 Uhr



Seit 2024 prüft das Land die Ansiedlung einer Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Stuttgart-Weilimdorf. Im Haushalt liegen dafür Millionen bereit. Die Kritik an den Plänen nimmt zu.

Seit Monaten prüft das Justiz- und Migrationsministerium des Landes, ob im Gewerbegebiet Mittlerer Pfad in Weilimdorf Büros für [eine große Landeserstaufnahmestelle \(Lea\) für Flüchtlinge](#) umgebaut werden. Der Widerstand dagegen wächst.

Bereits im August 2024 hat der Bezirksbeirat in einem offenen Brief [an Ministerin Marion Gentges \(CDU\)](#) Forderungen gestellt und ein Gespräch eingefordert. Eine erste Petition gegen die Lea wurde im Oktober eingereicht, eine weitere ist in der Online-Abstimmung. Nun will auch die Wirtschafts- und Industrievereinigung [Stuttgart](#) e.V. (WIV) die Lea diskutieren. Sie lädt ihre Mitglieder am 25. Februar in das Hotel Holiday Inn im betroffenen Gewerbegebiet Mittlerer Pfad ein, um „mögliche gemeinsame Schritte auszuloten“, so steht es auf der WIV-Homepage. „Wir wollen das Treffen zu diesem Zeitpunkt nicht kommentieren“, sagt die [WIV-Vorstandsvorsitzende Marjoke Breuning](#). Bis 2023 war sie Präsidentin der [IHK](#) Region Stuttgart, seit 2024 sitzt sie für die CDU im Gemeinderat. In Weilimdorf handele sich um ein nicht öffentliches „Hintergrundgespräch mit Unternehmensvertretern“ so Breuning.

Hausen wurde stark aufgesiedelt

Für Anwohner im Stadtteil Hausen (3260 Einwohner) liegt die geplante Asylunterkunft nur 500 Meter entfernt, wer die S-Bahn nutzt, kommt am Gebäude vorbei. Anwohner halten mit ihren Bedenken nicht hinterm Berg. Der Ort ist in den letzten Jahrzehnten stark aufgesiedelt worden, die

Durchmischung sollte verbessert werden, aktuell stehen [am Hausenring 32 Eigentumswohnungen](#) der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft SWSG zum Verkauf.

„Wir werden übergangen und fühlen uns ohnmächtig“, sagen Jürgen und Elisabeth Wolf, die schon lange in Hausen wohnen. Rundum gebe es städtische Flüchtlingsunterkünfte, deren Belegung sich auf Schule, Kitas und Freizeiteinrichtungen auswirke. Eine weitere große Einrichtung, die als Durchgangsstation mit 1300 Plätzen diene, werden den Stadtteil überfordern. Im Bezirksrathaus spricht man von einem großen Kreis ehrenamtlicher Helfer, die bisher in den städtischen Unterkünften „viel aufgefangen“ hätten, und verweist auf eine Bürgerinformationsveranstaltung des Landes. Die solle es dann geben, wenn die Entscheidung gefallen ist. Dabei entscheidet allein das Land über die Lea.

Anwohner: Wir haben keine Lobby

Das ist den Anwohnern bewusst, doch sie sehen sich „ausgespielt zwischen Stadt und Land“. Sei die Ansiedlung entschieden, „wird Hausen mit einer paar Brotkrumen abgespeist“, befürchtet Jürgen Wolf, „denn wir sind nicht der Killesberg oder Schönberg“, erinnert Wolf an den Einsatz von OB Frank Nopper (CDU). In Schönberg gab er 2024 die Zusage, dass [Flüchtlinge](#) dort nicht länger als bis zum 14. Februar 2026 bleiben. [Eine Lea für Stuttgart lehnt der OB grundsätzlich ab, der Gemeinderat stimmte dafür](#). Hausen habe keine Lobby, so Wolfs Botschaft. „Wir wenden uns nicht generell gegen Flüchtlinge, aber die Zahl ist zu hoch“, durch den ständigen Wechsel in der Lea könne niemand integriert werden, sagt Wolf. Einrichtungen würden überfordert, um die Bürohäuser fehlten Freiflächen, das Sicherheitsgefühl leide. Bisher habe man von den Behörden nur Kanzleitrost erhalten.

Beirat fordert Anrechnung auf Quote

Wolf führt zur Lea Punkte an, die auch der Bezirksbeirat an Gentges adressierte. Grundsätzlich stehe man zur humanitären Verpflichtung, so die Bürgervertretung, aber in Weilimdorf seien bereits 1100 Geflüchtete untergebracht. Im Gewerbegebiet gebe es „wirtschaftliche Herausforderungen“, sprich: Leerstand. In ihrem jüngsten Büromarktbericht beschreiben die Fachleute von E&G Immobilien einen „dramatischen Anstieg an freigesetzten Bestandsflächen“, nur 6200 Quadratmeter Büros konnten in Weilimdorf 2024 neu vermietet werden, die „Angebotsreserve“ steigt gegenüber 2023 um 56 Prozent auf 52 700 Quadratmeter. Inzwischen sind von Maklern oder Eigentümern vier Immobilien, auch das Holiday Inn, zur Flüchtlingsunterbringung angeboten worden.

Sollte die Lea kommen, wolle man, dass deren Platzzahl „ausschließlich auf die Gesamtzahl der Geflüchteten im Stadtbezirk angerechnet“ werde, fordert der Bezirksbeirat. Die anderen Heime sollen dann geschlossen werden. Darüber entscheiden Stadtverwaltung und Gemeinderat. Die Anrechnung werde nicht verhindern, dass sowohl das Wohngebiet als auch das Gewerbegebiet bei einer dauerhaften Lea abgewertet würden, so Wolf. Diese Einschätzung teilen Gewerbemieter im Mittleren Pfad. Sie wollen nicht namentlich genannt werden.

Landesmittel liegen bereit

Man habe sich in Weilimdorf [noch nicht auf eine Liegenschaft festgelegt](#), sagt das Regierungspräsidium. Die Lea solle Krankenstation, Kinder- und Jugendbetreuung, Verwaltung und Aufenthaltsbereiche auch im Freien umfassen. Eine Platzzahl wird nicht mehr genannt, sie stehe „am Ende der Prüfung“.

Fehlende Mittel werden der Planung nicht zusetzen. Im Landeshaushalt gebe es den sogenannten Allgemeinen Grundstock, so das Finanzministerium auf Anfrage. In dem Topf liegen 165 Millionen Euro zum Grunderwerb, auch zur Flüchtlingsunterbringung. Für die Anmietung seien 2025 rund 240 und 2026 rund 259 Millionen Euro eingestellt, auch für Flüchtlinge.